

Worum geht es?

Mit einem umfassenden Pakt wollen EU und USA eine transatlantische Freihandelszone erschaffen. Verkauft wird uns die geplante Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als gigantisches Wachstumsprogramm – bezahlen müssen es die BürgerInnen in EU und USA mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechten, Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit. All diese „Handelshemmnisse“ würden in den geheimen Verhandlungen beseitigt.

www.attac.de/ttip

Vom Chlorhähnchen bis zu einer Weltordnung
des transnationalen Kapitals?

Nein! Widerstand gegen das geplante TTIP
Abkommen zwischen den USA und der EU!

Einladung

Veranstaltung zum Thema: TTIP

Gewerkschafter befürchten, dass Europäer und Amerikaner sich bei den Arbeitnehmerrechten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen werden. Sie fordern daher, dass die Rechte der Arbeitnehmer und die Arbeitsstandards "mindestens" auf dem Niveau der ILO-Kernarbeitsnormen vertraglich festgeschrieben werden, wie IG-Metall-Chef Detlef Wetzel kürzlich sagte. Andernfalls würden in der künftigen Freihandelszone "Kosten und Standards auf ein Niveau abgesenkt werden, das mit dem chinesischen konkurrieren kann".
<http://www.sueddeutsche.de/politik/ttip-faktencheck-arbeitnehmerrechte-machtgefaelle-in-fabrik-und-buero-1.2081908-3>

Verschlusssache
Amerika verstimmt EU in Sachen Freihandel
Es gibt ernste Verstimmungen über das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und Amerika. Das geht aus einem geheimen Bericht an die Bundesregierung hervor, der der F.A.Z. vorliegt.
05.03.2014, von HENDRIK KAFSACK UND HENRIKE ROBBACH, BRÜSSEL/BERLIN
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-freihandelsabkommen-eu-usa-a-957165.html>

Öffentliche Veranstaltung:

Dienstag den 30. September, um 19 Uhr in der Gaststätte „Im Winkel“,
Langenmoor 41, Elmshorn

Referenten:

Leo Mayer (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)
Uwe Wötzel (ver.di Bundesverwaltung)

Veranstalter:

IG Metall Unterelbe, ver.di Kreis Pinneberg und Steinburg, DIE LINKE
Kreisverband Pinneberg, DKP Kreis Pinneberg

V.i.s.d.P.: Kai Trulsson, 1. Bevollmächtigter und Geschäftsführer IG Metall Unterelbe
IG Metall Unterelbe * Wedenkamp 34 * 25335 Elmshorn Telefon: 0 41 21/26 03-0 Fax: 0 41 21/26 03-20
eMail: unterelbe@igmetall.de www.igmetall-unterelbe.de

Seit Juni 2013 verhandeln die EU und die USA im Geheimen über die größte Handels- und Investitionszone aller Zeiten. Im Jahr 2015 soll sie als TTIP, (Transatlantic Trade and Investment Partnership) offiziell installiert werden.

Gegen diesen Plan hat sich in den letzten Monaten organisierter Widerstand entwickelt. So hat eine europäische Bürgerinitiative „STOP TTIP“ bei der EU Kommission in Brüssel einen Antrag auf Registrierung und damit auf Zulassung als NGO gestellt.

Die geäußerten Bedenken sind vielfältig, die erkannten Gefahren beträchtlich und die Folgen unübersehbar.

Allerdings wird in den Medien hauptsächlich und fast ausschließlich auf die Folgen für uns als Verbraucher hingewiesen. Stichworte dafür sind „Chlorhähnchen“ und Genmanipulation.

So groß die Gefahren für den Verbraucherschutz auch sein mögen: Alles, was aus dem intransparenten Verfahren und den unveröffentlichten Entwürfen bekannt geworden ist, wirft eine Vielzahl von Fragen weitreichender gesamtgesellschaftlicher Dimension auf.

Entstünde nicht durch die Sonderklagerechte für internationale Investoren eine unmittelbare Gefährdung der Demokratie?

Investoren könnten gegenüber Staaten, in denen durch gesetzgebende Maßnahmen Profitaussichten gefährdet oder geschmälert werden, Schadensersatz für Gewinnverlust einklagen. Ein „Rat für regulatorische Kompensation“, zusammengesetzt aus Repräsentanten von EU-Kommission und US-Regierung sowie Vertretern transnationaler Konzerne, wird dann in Zukunft kontrollieren und vorschlagen, welche neuen Regeln zu treffen sind. Volkssouveränität und Gewaltenteilung würden ausgehebelt.

Bedroht TTIP die Tarifautonomie und führt das Freihandelsabkommen zum Aus gewerkschaftlicher Tätigkeit, wie wir sie kennen?

Das Abkommen soll dem Vernehmen auch durchsetzen, dass in den beiden Regionen USA und EU dieselben Handels-, Investitionsschutz- und Arbeitsnormen gelten. Nun haben die USA sechs der acht grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation nicht ratifiziert, darunter die Konvention zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen, Voraussetzungen für fruchtbare gewerkschaftliche Arbeit. Die TTIP-Verhandlungen, urteilte folgerichtig der DGB-Bundeskongress im Mai 2014, gehen „in die falsche Richtung“.

Wird durch das Abkommen die öffentliche Daseinsvorsorge gefährdet?

Die Folgen für die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern wären katastrophal. TTIP würde vorschreiben, bisher öffentlich produzierte Güter — von der Gesundheit bis zur Wasserversorgung — international auszuschreiben und damit internationalen Investoren zu überlassen und die Rekommunalisierung von Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu unterbinden.

Würde nicht TTIP die internationalen Beziehungen irreparabel vergiften und neue Konfliktlinien in der Welt weit aufreißen?

Zutreffend - und auch zustimmend - nannte HILLARY CLINTON, als demokratische Präsidentschaftskandidatin für die US-Wahlen 2017 gehandelt, TTIP „die ökonomische NATO“. Die gegenüber dem strammen Wachstum der Schwellenländer zurückfallenden „alten Metropolen“ wollen ihre globale Führungsstellung halten und wieder ausbauen. Die „ökonomische“ und die militärische NATO würden sich in ihren aggressiven Rollen gegenseitig stützen. Die besonders Leidtragenden wären die jetzt schon der Entwicklung abgehängten Länder Afrikas und Asiens.

Ein Freihandelsabkommen diesen Charakters, hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und nicht demokratisch legitimiert, muss und kann verhindert werden.

So wurde auch ACTA, wo es um den Versuch der großen Internetdienstleister ging, das Netz zu bevormunden und zu kontrollieren, 2012 noch verhindert, nachdem EU-Kommission und nationale Regierungen bereits zugestimmt hatten.

Die angekündigte Informations- und Diskussionsveranstaltung könnte einen weiteren Impuls für Überlegungen vermitteln, wie der Widerstand örtlich organisiert, regional vernetzt und international wirksam gestaltet werden kann.